

Brautmoden-Skandal in Wien: Irreführende Preise und Kundentäuschung!

Wiener Marktamt kontrolliert Brautmodengeschäfte:
Irreführende Preisangaben und Probleme in der
Hochzeitsbranche im Fokus.



Nachrichten AG

** Bezirk, Wien, Österreich
** - Am 14. Juni 2025 führte das Wiener Marktamt eine umfassende Kontrolle in Brautmodengeschäften durch, die durch zahlreiche Beanstandungen wegen irreführender Preisangaben geprägt war. Bei diesen Kontrollen wurde festgestellt, dass vermeintliche Rabatte oft als Täuschung der Kunden identifiziert wurden. Nur ein Geschäft konnte sich positiv von den anderen abheben und die Vorgaben einhalten, was auf die weitreichenden Probleme in der gesamten Hochzeitsbranche hinweist. Diese Entwicklungen stoßen auf zunehmende Kritik, insbesondere in Bezug auf die Transparenz von Preisangaben.

In der Hochzeitsbranche, die traditionell einen hohen Stellenwert hat, stehen viele Anbieter zunehmend in der Kritik, da unklare oder falsche Preisangaben den Verbrauchern schaden. Laut der **Krone** sind insbesondere Geschäfte im 21. Bezirk betroffen. Anwohner des Eventzentrums in der Schererstraße klagen über Lärm durch Autokorsos und illegale Feuerwerke, was die Probleme rund um die Feierlichkeiten verstärkt. In Reaktion auf diese Beschwerden hat das Marktamt Maßnahmen zur Verbesserung der Situation eingeleitet.

Preisangabenverordnung und Verbraucherschutz

Die Preisangabe ist ein zentraler Aspekt, um für Verbraucher klare Informationen zu schaffen. Das **Juraforum** beschreibt, dass die Preisangabeverordnung (PAngV) seit 1985 in Kraft ist und regelmäßig aktualisiert wird. Sie regelt die Form und Art der Preisangaben in Werbung und Angeboten für Waren und Dienstleistungen, um sicherzustellen, dass Verbraucher Preise eindeutig und anschaulich erkennen können.

Wichtige Regelungen der PAngV beinhalten, dass Preise als Endpreise inklusive Mehrwertsteuer angegeben werden müssen. Zudem müssen die Preise je Mengeneinheit (z.B. Liter, Kilo) angegeben werden, und diese Angaben sollten gut lesbar sein. Besonders handle es sich um Vorgaben, die für einzelne Händler und Dienstleister verpflichtend sind. Verstöße gegen diese Vorgaben können mit Ordnungsgeldern von bis zu 25.000 Euro geahndet werden.

Überwachung und rechtliche Konsequenzen

Die Überwachung und Verfolgung der Vorschriften der Preisangabenverordnung liegt in der Verantwortung der kommunalen Ordnungsbehörden. Das Land **Nordrhein-Westfalen** hat hierbei maßgebliche Regeln zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Preisangabe erlassen, um den Schutz der

Verbraucher zu gewährleisten. Die Überprüfung und Bearbeitung von Meldungen erfolgt im CPCS-System, welches den Informationsaustausch zwischen nationalen Behörden im Verbraucherschutz sichert.

Die Preisangabenverordnung ist somit nicht nur eine rechtliche Notwendigkeit, sondern auch ein wichtiger Bestandteil, um Vertrauen zwischen Anbietern und Verbrauchern zu schaffen. Insbesondere im sensiblen Bereich der Hochzeitsbranche, wo Emotionen und finanzielle Ausgaben eng miteinander verknüpft sind, sind klare und faire Preisangaben unabdingbar.

Details	
Vorfall	Betrug
Ursache	irreführende Preisangaben, Täuschung der Kunden, Lärm durch Autokorsos, illegale Feuerwerke
Ort	 Bezirk, Wien, Österreich
Quellen	• www.krone.at • www.juraforum.de • www.brd.nrw.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at